



**Sozialdemokratische Partei  
der Schweiz**

Zentralsekretariat  
Theaterplatz 4  
3011 Berne

Tel. 031 329 69 69  
Fax 031 329 69 70

info@spschweiz.ch

Eidgenössisches Departement für Verteidigung, Bevölkerungsschutz und Sport (VBS)  
Per E-Mail an:  
rechtsdienst@swisstopo.ch

30. Juni 2025

## **SP-Stellungnahme zur Änderung des Geoinformationsgesetzes**

Sehr geehrter Herr Bundesrat Pfister,  
sehr geehrte Damen und Herren,

Wir bedanken uns für die Gelegenheit zur Stellungnahme, die wir gerne nutzen.

### **1. Zusammenfassung der Vernehmlassungsvorlage**

Der Bundesrat schlägt eine Weiterentwicklung des Geoinformationsgesetzes vor, insbesondere im Hinblick auf den Kataster der öffentlich-rechtlichen Eigentumsbeschränkungen (ÖREB-Kataster). Die Vorlage sieht vor, das Verhältnis zwischen dem ÖREB-Kataster und dem Grundbuch klarer zu regeln, um Doppelspurigkeiten zu vermeiden.

Weiter soll der Kataster künftig auch geplante öffentlich-rechtliche Eigentumsbeschränkungen sowie behördenverbindliche Anordnungen enthalten, die mittelbar auf das Grundeigentum wirken. Eine Änderung betrifft die Aufhebung der spezialgesetzlichen Haftungsregelung, da diese sich in der Praxis als wenig wirksam erwiesen hat. Ebenso soll die bisher geltende Publizitätswirkung des ÖREB-Katasters, wonach dessen Inhalte als allgemein bekannt gelten, aufgehoben werden.

Zudem wird eine rechtliche Grundlage geschaffen, um die Inhalte des ÖREB-Katasters künftig in ein zentrales Portal für Grundstückinformationen zu integrieren. Ergänzend dazu sind punktuelle Anpassungen im Zivilgesetzbuch und im Kernenergiegesetz vorgesehen, um die Eintragungspflichten von öffentlich-rechtlichen Eigentumsbeschränkungen präziser zu regeln.

### **2. Haltung der SP**

Die vorgeschlagenen Änderungen sind ein Schritt hin zu mehr Transparenz in der Verwaltung von Grundstücksinformationen. Zu begrüßen ist die klare Funktionstrennung zwischen ÖREB-Kataster und Grundbuch, da dies sowohl für Grundeigentümer:innen als auch für die Verwaltung zu einer erhöhten Rechtssicherheit führt.

Die Erweiterung des Katasters auf geplante Einschränkungen schafft einen vorausschauenden Informationszugang und fördert damit die Planbarkeit. Auch die Vorbereitung eines zentralen Portals für Grundstücksinformationen entspricht den Anforderungen einer zeitgemässen, digitalen Verwaltung.

Die SP unterstützt die Vorlage und erkennt darin einen sinnvollen Schritt zur Verbesserung der Zugänglichkeit und Verständlichkeit von öffentlich-rechtlichen Eigentumsbeschränkungen. Wir erachten es als wichtig, dass die Umsetzung mit einem Fokus auf Nutzerfreundlichkeit erfolgt.

Wir danken Ihnen, geschätzte Damen und Herren, für die Berücksichtigung unserer Anliegen und verbleiben mit freundlichen Grüssen

Sozialdemokratische Partei der Schweiz



Mattea Meyer  
Co-Präsidentin



Cédric Wermuth  
Co-Präsident



Severin Meier  
Politischer Fachreferent